



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Familie als Gemeinschaft stärken“

Auszug aus der Gipfelbroschüre „Jedes Alter zählt“ des Zweiten
Demografiegipfels am 14. 5. 2013



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



**Jedes
Alter
zählt**

Die Demografiestrategie
der Bundesregierung

Familie als Gemeinschaft stärken

Vorsitz: Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ko-Vorsitz: Stefan Grüttner, Hessischer Sozialminister
Marcel Philipp, Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Zeitpolitik für Familien

- Erhöhung der Arbeitszeitsouveränität von Müttern und Vätern zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Verankerung einer Familienzeitpolitik auf kommunaler Ebene als bereichsübergreifende Aufgabe durch kooperative Umsetzung von Initiativen und Familien-Zeit-Berichten
- Schaffung von mehr Transparenz auf dem Markt für familienunterstützende Dienstleistungen, Imageverbesserung, Information sowie Qualifizierung von Anbietern

C. Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen

I. Familie als Gemeinschaft stärken

1. Einführung

Familien sind die soziale Mitte unserer Gesellschaft. In der Familie erfahren Menschen gegenseitige Verantwortung, Fürsorge und aktive Unterstützung – Eltern für ihre Kinder und später Kinder auch für ihre Eltern. Der Zusammenhalt in Familien ist auch in unserer modernen Gesellschaft ungebrochen groß. Er stabilisiert und fördert das generationenübergreifende Miteinander und wirkt über den engen Familienkreis hinaus. Im demografischen Wandel nimmt die Bedeutung von Familie als Verantwortungsgemeinschaft daher noch zu.

Die Ehe mit Kindern ist nach wie vor die häufigste Lebensform. Familie wird aber heute auch vielfältiger gelebt. Veränderte Lebensentwürfe von Männern und Frauen haben Einfluss auf die konkrete Gestaltung des familiären Zusammenlebens, auf den Zeitpunkt der Familiengründung und auf die Kinderwünsche. Gerade im demografischen Wandel ist die Tatsache, dass die Kinderzahl in Familien hinter den Kinderwünschen zurückbleibt, eine der zentralen Herausforderungen.

Ein gelingendes Familienleben ist für die meisten Menschen verbunden mit Lebensqualität, Wohlergehen und Glück. Familien brauchen gute Bedingungen, ihr Leben nach eigenen Zielen und Wünschen gestalten zu können. Die Wahlfreiheit der Lebensführung hängt nicht allein von materiellen Bedingungen wie Einkommen, Verfügbarkeit von und Zugang zu Ressourcen wie Bildung und Betreuung sowie Erwerbstätigkeit ab. Ebenso wichtig sind immaterielle und individuelle Faktoren wie Gesundheit, soziale und familiäre Netzwerke, Zeitaspekte und persönliche Lebenszufriedenheit.

Neben der wirkungsvollen Ausgestaltung von finanziellen Leistungen und dem qualitativen und quantitativen Ausbau einer guten, bedarfsgerechten und verlässlichen (Betreuungs-)Infrastruktur sind die zeitlichen Rahmenbedingungen von Familien nicht nur ein zentraler Faktor für die gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch für das Wohlergehen und die Lebensqualität von Familien. Sie brauchen genügend, verlässlich verfü-

bare und gestaltbare Zeit, damit Familiengründung ermöglicht wird und Familienleben gelingen kann.

Wie im 8. Familienbericht empfohlen, gilt es eine Zeitpolitik für Familien zu gestalten, die Familie als Gemeinschaft stärkt, die Wahl des gewünschten Familienmodells bestmöglich gewährt, die Entscheidung für Kinder erleichtert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter voranbringt, die Gleichstellung von Mann und Frau fördert und zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage von Familien beiträgt. Dem trägt die Bundesregierung auch in der Demografiestrategie Rechnung. Unter der Zielvorgabe „Familie als Gemeinschaft stärken“ sollen die Rahmenbedingungen so ausgerichtet werden, dass sie den vielfältigen Bedürfnissen der Familien gerecht werden und so die Wahlfreiheit, ihr Familienleben zu gestalten, sichern.

2. Umsetzungsvorschläge der Gestaltungspartner

Die Arbeitsgruppe „Familie als Gemeinschaft stärken“ hat die Zeitpolitik unter den folgenden Aspekten beleuchtet und strebt Verbesserungen an insbesondere im Hinblick auf

- die Schaffung von mehr Zeitsouveränität bei der Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeitswelt. Hierbei ist ein Ausgleich zwischen den Anforderungen der Vereinbarkeit und denen der Betriebe erforderlich;
- die Entschärfung von Zeitkonflikten, insbesondere auf kommunaler Ebene;
- die wirksame Entlastung durch familienunterstützende Dienstleistungen (Übernahme von Alltagsaufgaben im Familienleben durch außerhalb der Familie stehende Personen gegen Entgelt, keine [grund-]pflegerischen Leistungen).

Die Ausgestaltung von Zeitpolitik für Familien ist anspruchsvoll und je nach Kontext und familiären Gegebenheiten sehr vielfältig. So sind zum Beispiel die finanziellen

Rahmenbedingungen von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen und die verschiedenen Lebensphasen der Familienmitglieder ebenso zu berücksichtigen wie die spezifischen Belange von Mehrkindfamilien, Familien mit Migrationshintergrund sowie von Alleinerziehenden.

Strategische Ziele/Handlungsfelder

Die Arbeitswelt (Handlungsfeld I) bestimmt ganz wesentlich die zeitlichen Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten von Familien. Die Wahrnehmung und Ausübung familiärer Verantwortung – von Müttern und Vätern – wird maßgeblich beeinflusst von Dauer, Lage und Rhythmus der Arbeitszeit, der Arbeitskultur, von Verlässlichkeit und Flexibilität im Bedarfsfall und vom Ort der Arbeitserbringung. Gesetzliche Regelungen, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und Unternehmenskultur schaffen die Rahmenbedingungen für Eltern im beruflichen Alltag.

- Die Vorschläge der Gestaltungspartner zielen darauf ab, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Arbeitswelt zu verbessern.

Familienzeitpolitik wird entscheidend auch im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen in den Städten und Gemeinden (Handlungsfeld II) gestaltet. Viele gesellschaftlich typische Zeitkonflikte von Familien ergeben sich aus einer ungenügenden Synchronisation in der zeitlichen Gestaltung des Alltags (zum Beispiel Arbeitszeiten, Öffnungszeiten, öffentlicher Personennahverkehr usw.).

- Die Vorschläge der Gestaltungspartner zielen darauf ab, die „Zeit-Taktgeber“, die den Alltag der Menschen bestimmen, besser aufeinander abzustimmen und eine kommunale Familienzeitpolitik als bereichsübergreifende Aufgabe zu verankern – bei Bedarf auch über Gemeindegrenzen hinweg.

Familienunterstützende Dienstleistungen (Handlungsfeld III) können Familien dabei helfen, Familienleben und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Unterstützung im Haushalt trägt dazu bei, zeitliche Spielräume füreinander oder für die gewünschte Ausdehnung der Erwerbstätigkeit zu gewinnen. Dies kann auch einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs leisten.

- Die Vorschläge der Gestaltungspartner zielen auf eine stärkere Verbreitung der Inanspruchnahme familienunterstützender Dienstleistungen durch mehr Information und Transparenz auf dem Dienstleistungsmarkt, eine auf bundeseinheitlichen Standards basierende Qualifizierung und eine Verbesserung des Images familienunterstützender Dienstleistungen.

Diese Aspekte stellen eine solide Grundlage für weitere Debatten und Vereinbarungen dar, auch wenn einige Ausführungen von Gestaltungspartnern unterschiedlich bewertet oder gewichtet werden.

2.1 Handlungsfeld I: Zeitsouveränität – zeitpolitische Initiativen in der Arbeitswelt

Zur Umsetzung anstehende Maßnahmen

Viele gesetzliche Regelungen, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen beinhalten bereits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ziel einer Erhöhung der Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten. Weiter bestehende Hemmnisse sollen abgebaut und Verbesserungspotenzial in den Betrieben hierzu genutzt werden.

Die Bundesregierung wird die bestehenden arbeitsrechtlichen Regelungen zur Elternzeit mit Blick auf mehr Zeitsouveränität für Familien überprüfen. Sie sieht die Notwendigkeit, die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich an die sich ändernde Lebenswirklichkeit anzupassen.

Die Gestaltungspartner wollen im weiteren Verfahren hinsichtlich einer familienbewussten Arbeitskultur in den Betrieben und Unternehmen folgende Themen vorrangig bearbeiten:

- Einige Gestaltungspartner wie die Gewerkschaften und die Familienverbände unterstreichen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitszeitsouveränität von Müttern und Vätern, vor allem nach Rückkehr aus der Elternzeit, sowie die Stärkung der Beschäftigungssicherheit in der Lebensphase der Familiengründung. Andere Gestaltungspartner wie die Arbeitgeberverbände unterstreichen, dass mehr Arbeitszeitflexibilität und Planungssicherheit für die Beschäftigten nur unter Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse ermöglicht werden können.
- Erhöhung des Anteils der beschäftigten Mütter und Väter, die nach Ablauf oder während der Elternzeit ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen sowie die Verbreitung einer Willkommenskultur für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer.

Die Gestaltungspartner sprechen sich dafür aus, bestehende tarifliche Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf breiter bekannt zu machen.

Sie halten ferner die Fortsetzung bewährter Programme und Maßnahmen für erforderlich:

- Die „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“ vom 8. Februar 2011 wurde auf einem Familiengipfel am 12. März 2013 bilanziert. Die Sozialpartner und die Bundesregierung haben sich darauf verständigt, zur Fortsetzung des Chartaprozesses zukünftig alle zwei Jahre einen gemeinsamen Bericht „Familie und Beruf“ zu erarbeiten.
- Das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ der Bundesregierung in Kooperation mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Ziel, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen, wird fortgeführt.

Mittel- und langfristige Maßnahmen

Die Bundesregierung wird in Kooperation mit den Sozialpartnern begleitend und beratend darauf hinwirken, dass vorbildliche Praktiken zu Konfliktlösungen im Kontext der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zugänglich gemacht und in die Fläche getragen werden.

Ferner bedürfen im weiteren Verfahren der Umsetzung der Demografiestrategie folgende Bereiche einer größeren Beachtung und Bearbeitung:

- Eine gezielte Ansprache und stärkere Einbeziehung von Vätern in die Betreuung von Kindern (unter anderem bei der gleichmäßigeren Inanspruchnahme von Elterngehalt) und in Familienaufgaben allgemein.
- Immer mehr Beschäftigte werden Pflege und Beruf vereinbaren müssen. Die Bundesregierung wird das Familienpflegezeitgesetz evaluieren und gegebenenfalls weiterentwickeln.
- Neben der Sicherstellung von bedarfsgerechter, verlässlicher und bezahlbarer Kinderbetreuung durch die Kommunen und Länder wird der Ausbau freiwilliger betrieblich unterstützter Kinderbetreuung angestrebt.

2.2 Handlungsfeld II: Zeitkonflikte entschärfen – zeitpolitische Initiativen auf kommunaler Ebene

Zur Umsetzung anstehende Maßnahmen

Für Familien sollen strukturell bedingte Zeitprobleme verringert und mehr Zeitsouveränität geschaffen werden. Durch kommunale Familienzeitpolitik soll ein wesentlicher Beitrag zur Daseinsvorsorge für Familien vor Ort und zu einer wirksamen demografiefesten Standortpolitik geleistet werden. Sie erfordert das Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Partnern.

Familien-Zeit-Berichte in Kommunen

Familien-Zeit-Berichte können ein geeignetes Instrument für die Gestaltung kommunaler Familienzeitpolitik als abgestimmtes Konzept mit verbindlichen Arbeitszusammenhängen und überprüfbaren Zielsetzungen sein.

- Als Analyseinstrument ermittelt der Familien-Zeit-Bericht maßgebliche Zeitprobleme von Familien unter anderem durch Beteiligung der Familien selbst und durch kommunale Checks der bestehenden zeitlichen Rahmenbedingungen vor Ort.
- Der Familien-Zeit-Bericht definiert mögliche Handlungsfelder, Zielsetzungen und konkrete Maßnahmen zur Minderung von Zeitkonflikten und für eine bessere Vereinbarkeit.
- Als Gestaltungsinstrument beinhaltet der Familien-Zeit-Bericht die abgestimmte Gestaltung von Zeitstrukturen und Nutzung von Potenzialen über Bereiche und gegebenenfalls auch Gemeindegrenzen hinweg durch Kooperationen und vernetztes Handeln der beteiligten Akteure.

Die Gestaltungspartner in Bund, Ländern und Kommunen wirken darauf hin,

- die Erarbeitung von Familien-Zeit-Berichten in Kommunen zur Analyse vorhandener Bedarfe von Familien und zur familienorientierten Gestaltung von Zeittaktungen im kommunalen Umfeld zu befördern (ergänzend zur kommunalen Sozial- und Familienbericht-erstellung). Die Grundstruktur eines Familien-Zeit-Berichts wurde in der Arbeitsgruppe für Kommunen und Gestaltungspartner zur Anwendung vor Ort erarbeitet.

- die Initiativen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Umsetzung der Arbeitsergebnisse der hier vorliegenden Empfehlungen zu unterstützen. Der von den Gestaltungspartnern der Unterarbeitsgruppe „Familie“ vorgelegte Familien-Zeit-Bericht soll bei der Umsetzung helfen.
- die gemeinsame Initiative von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern „Neue Zeiten für Familie“ (initiiert durch Oberbürgermeister Marcel Philipp, Aachen) zu stärken. Für die Idee einer kommunalen Familienzeitpolitik als einem integralen Bestandteil der Kommunalpolitik soll in großen Städten geworben und die notwendige Öffentlichkeit geschaffen werden. Binnen Jahresfrist sollen sich 50 % der Großstädte mit über 100.000 Einwohnern mit Fragen der kommunalen Familienzeitpolitik befassen.
- die im Rahmen der Zuständigkeit der Länder vorhandenen Instrumente und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere unter dem Aspekt „Zeit“ – weiterzuentwickeln.

Mittel- und langfristige Maßnahmen

Die Gestaltungspartner werden gezielt Aktivitäten entwickeln bzw. unterstützen:

Information und Vernetzung

- eine Online-Plattform mit Best-Practice-Beispielen zum Wissens- und Erfahrungstransfer bereitstellen (Bund);
- für Aufmerksamkeit und aktive Unterstützung (zum Beispiel von familienzeitpolitischen Projekten und Initiativen in Unternehmen) werben und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Familienzeitpolitik verbreiten, zum Beispiel Kinderbetreuung nach Maß (kommunale Spitzenverbände, lokale Bündnisse, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen).

Verankerung der Aufgabe auf kommunaler Ebene

- Zeitpolitik für Familien als Leitthema in der kommunalen Netzwerk- und Projektarbeit verankern (lokale Bündnisse für Familie, kommunale Spitzenverbände);
- entsprechend ihren Möglichkeiten in den Gremien der Verwaltung die Umsetzung von Familien-Zeit-Berichten anregen (Wirtschaft, Politik, Wohlfahrtsverbände);
- die Verankerung kommunaler Zeitpolitik durch entsprechende Empfehlungen und Projektideen unterstützen (kommunale Spitzenverbände, Deutscher Verein, Familienverbände, Wohlfahrtsverbände).

Kooperative Umsetzung

- Interessen der Familien vor Ort in die kommunalen Analyse- und Entscheidungsprozesse einbringen sowie die Familien zur aktiven Mitwirkung gewinnen (Familienverbände, Familienbildung, Kommunen);
- mit eigenen Aktivitäten die Initiative von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern „Neue Zeiten für Familien“ unterstützen, zum Beispiel „Botschafter“ benennen, Paten für Familienzeitprojekte gewinnen, gemeinsame Erklärungen verfassen, Plattformen bilden und Fachveranstaltungen initiieren (Familienverbände, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, lokale Bündnisse);
- eigene Aktivitäten für eine kommunale Familienzeitpolitik entwickeln, zum Beispiel Fachtagung, Wettbewerb (Familienverbände, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaften, lokale Bündnisse);
- Zeitkompetenz in Familien zum Thema machen (Familienbildung, Familienverbände);
- vorhandene Potenziale von Netzwerken nutzen (zum Beispiel lokale Bündnisse, Mehrgenerationenhäuser).

Wirkungsorientierte wissenschaftliche Begleitung

- die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ der Bundesregierung mit lokalen Bündnissen für Familie evaluieren, systematisch zur praktischen Nutzung in Kommunen aufbereiten und verfügbar machen (Bund);
- eine Kosten-Nutzen-Analyse kommunaler Familienzeitpolitik beauftragen, um den konkreten Vorteil von Zeitpolitik für Kommunen, Wirtschaft und die Familien selbst zu belegen (Bund).

2.3 Handlungsfeld III: Zeitgestaltung erleichtern – familienunterstützende und legale haushaltsnahe Dienstleistungen

Zur Umsetzung anstehende Maßnahmen

Die Gestaltungspartner sprechen sich dafür aus, auf dem Markt für familienunterstützende Dienstleistungen für mehr Transparenz zu sorgen. Die Fortbildung und Qualifikation von Anbietern soll familienorientiert verbessert werden, um Professionalität und Qualität der Dienstleistung zu sichern. Mit einer entsprechenden Kommunikation soll für ein besseres Image familienunterstützender Dienstleistungen geworben und illegale Beschäftigung

(Schwarzarbeit) zurückgedrängt werden. Ziel ist es, Familien dabei zu unterstützen, Beschäftigung im Haushalt legal, sicher und qualifiziert zu organisieren.

Transparenz und Information

Es soll ein Internetportal mit einer bundesweit tätigen Servicestelle eingerichtet werden und sowohl Nachfragern als auch Anbietern beratend zur Verfügung stehen. Das Internetportal soll zugleich als Lotse fungieren.

Es werden folgende Beiträge vereinbart:

- Für Nachfrager und gewerbliche Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen wird geprüft, welche Anforderungen an eine Plattform für Dienstleistungsunternehmen zu stellen sind. Die Gestaltungspartner unterstützen die Erarbeitung einer solchen Plattform mit Servicestelle und tragen mit ihrem Fachwissen zur Konzeption und Entwicklung bei.
- Für Personen, die im Rahmen eines mit dem Privathaushalt abgeschlossenen Arbeitsvertrages arbeiten möchten, prüft die Bundesregierung, bei welcher Stelle diese bundesweite Plattform eingerichtet werden kann und ob dieser gegebenenfalls weitere Arbeitgeberaufgaben im Zusammenhang mit familienunterstützender Beschäftigung übertragen werden können, unter Wahrung von Kostenneutralität.
- Die Bundesregierung prüft, welche Anforderungen die Servicestelle und das gemeinsame Dachportal zu erfüllen haben, das als zentrale Anlaufstelle dienen soll.

Qualifizierung

Die Gestaltungspartner verständigen sich wie folgt:

- Auf der Basis bestehender Qualifizierungsangebote soll ein Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot nach einheitlichen Standards für haushalts- und personennahe familienunterstützende Dienstleistungen entwickelt werden. Es soll ein klares Qualifikationsprofil beinhalten und mit einer praxisnahen Qualifizierung den Bedarfen sowohl privater Haushalte als auch der Anbieter Rechnung tragen. Ziele sind die Professionalisierung und die Aufwertung des Tätigkeitsbereichs sowie die Vermittlung beruflicher Perspektiven. Dazu gehören ebenso Strategien zur Vermehrung und Verbreiterung der Angebote.
- Das von der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft erarbeitete Curriculum für den Arbeitsort Privathaushalt soll zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit, den Branchenverbänden der haushaltsnahen Dienstleis-

tungswirtschaft, den zuständigen Gewerkschaften und den Familienverbänden diskutiert und weiterentwickelt werden.

Image und Kommunikation

- Die Gestaltungspartner befürworten eine Informations- und Imagekampagne, die
 - zur Steigerung des Ansehens familienunterstützender Dienstleistungen bei den Familien und in der Öffentlichkeit beiträgt,
 - auf einen positiven Einstellungswandel abzielt,
 - den Entlastungseffekt für Familien in Vereinbarkeitsituationen einschließlich der möglichen Berücksichtigung der Kosten für die legale Beauftragung der Dienstleistungen im Rahmen der geltenden Regelungen sowie der Darstellung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten kommuniziert.
- Auf lokaler Ebene sollen vorhandene Netzwerke – wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, Kindertages- und Familienbildungsstätten, Familienzentren, lokale Bündnisse für Familie – über weitere ortsbezogene Informationsangebote sowie die Vorzüge der Inanspruchnahme familienunterstützender Dienstleistungen informieren.
- Die Gestaltungspartner unterstreichen, dass Kommunen und Arbeitgeber, die konkrete und praxistaugliche Angebote zur Nutzung von familienunterstützenden Dienstleistungen machen, ihre Attraktivität erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Die Sozialpartner werden in ihren Dachverbänden und Untergliederungen auf eine Mitwirkung hinarbeiten. Sie werden dabei von der Bundesregierung unterstützt.

Mittel- und langfristige Maßnahmen

Der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen hat nach Einschätzung der Gestaltungspartner ein erhebliches Dynamisierungspotenzial. Dies soll bei der weiteren thematischen Befassung beachtet werden.

Mehrere Gestaltungspartner unterstreichen, dass im Kontext der weiteren Markterschließung insbesondere die Fragen nach bezahlbaren Dienstleistungen für alle Familien sowie nach auskömmlichen Verdienstmöglichkeiten für die Beschäftigten zu bearbeiten wären.